

Klare Worte beim Pressegespräch zum Neujahrsempfang der Heilberufe 2026: Versorgung und Kinderschutz in den sozialen Medien stärken

Der Neujahrsempfang der Heilberufe in Sachsen-Anhalt stand 2026 unter dem Motto „35 Jahre Selbstverwaltung“. Im Fokus: die Bedeutung unabhängiger Entscheidungen für eine verlässliche und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung. „Die Selbstverwaltung ist ein Grundpfeiler unserer Gesundheitsversorgung und unserer Demokratie“, betonte Dr. Jörg Böhme, Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt, gemeinsam mit Prof. Dr. Uwe Ebmeyer, Präsident der Ärztekammer Sachsen-Anhalt. Seit mehr als 35 Jahren ermöglicht sie den Heilberufler*innen freies, fachlich unabhängiges und eigenverantwortliches Handeln – jenseits parteipolitischer Interessen. „Diese Unabhängigkeit ist zentral für Qualität und Vertrauen“, so Ebmeyer.

Angesichts von Demografie, Fachkräftemangel, wachsender Bürokratie und der Diskussion um Krankenhausschließungen steht das Gesundheitswesen vor großen Herausforderungen. Gerade in einem Jahr der politischen Weichenstellungen brauche es stabile Rahmenbedingungen. Gute Versorgung entsteht durch verlässliche Strukturen – nicht durch kurzfristige Impulse. Darin waren sich die Vertreter*innen der Heilberufe einig. Kern der ambulanten Versorgung bleibt die flächendeckende haus- und fachärztliche sowie psychotherapeutische Versorgung.

Echte Anreize für ambulante Versorgung schaffen

Dr. Böhme machte die angespannte Versorgungslage deutlich: In Sachsen-Anhalt sind derzeit 310 Arzt- und Psychotherapeutenstellen unbesetzt. „Die Belastungen in den Praxen summieren sich“,

sagte er. Zwar investiere die KV Sachsen-Anhalt aktuell rund elf Millionen Euro in die Nachwuchsförderung, doch ohne ein Umdenken der Bundespolitik sei die Versorgung langfristig gefährdet. „Wir brauchen echte Anreize für den ambulanten Bereich, das Ende der leistungsfeindlichen Budgetierung und einen spürbaren Bürokratieabbau.“ Allein 2022 seien Leistungen im Umfang von 75 Millionen Euro nicht vergütet worden; der Bürokratieaufwand liege inzwischen bei rund 61 Tagen pro Praxis und Jahr.

Kinderschutz und soziale Medien als starke Themen der OPK

Die OPK hat sich für 2026 den Kinderschutz in den sozialen Medien auf die Fahne geschrieben und weckte damit erhebliches Medieninteresse. Unsere Vizepräsidentin, Dr. Sabine Ahrens-Eipper, erläuterte die Hintergründe. Zahlreiche Studien zeigen, dass junge Menschen

heute mit einer Vielzahl belastender Faktoren konfrontiert sind: globale Krisen, gesellschaftliche Unsicherheiten und ein beschleunigter Alltag prägen ihr Aufwachsen. Diese Entwicklungen wirken zusammen und verstärken sich gegenseitig.

Auch digitale Medien und soziale Netzwerke spielen in diesem krisenhaften Gefüge eine wichtige Rolle. „Sie eröffnen Räume für Austausch, Information und Teilhabe und bergen aber auch zahlreiche Risiken, insbesondere bei früher, intensiver und unbegleiteter Nutzung. Ein erheblicher Teil junger Menschen berichtet von belastenden Inhalten, Ausgrenzungserfahrungen oder Überforderung in sozialen Medien. Zudem zeigen aktuelle Erhebungen einen Anstieg problematischer und suchtartiger Nutzungsmuster. „Betroffene Jugendliche weisen signifikant häufiger Depressions- und Angstsymptome, Schlafprobleme, erhöhten Stress sowie suizidale Gedanken auf“, erläuterte sie.



V. l. n. r.: Dr. Jochen Schmidt (Vorstandsvorsitzender der KZV Sachsen-Anhalt), Dr. Falk Salchert (Vizepräsident Tierärztekammer), Dr. Sabine Ahrens-Eipper (Vizepräsidentin OPK), Prof. Dr. Uwe Ebmeyer (Präsident Ärztekammer), Dr. Jörg Böhme (Vorstand der KVSA), Ursula Gütle (Vorstandsmitglied des Landesapothekerverbands), Dr. Jens-Andreas Münch (Präsident der Apothekerkammer), Dr. Carsten Hünecke (Präsident Zahnärztekammer) (Foto: Peter Gercke)

Besondere Sorge bereite der wachsende Bereich digitaler sexualisierter Gewalt. Cybergrooming und sexuelle Belästigung im Netz nehmen zu und betreffen viele Kinder und Jugendliche. „Hier besteht ein klarer Handlungsauftrag: Junge Menschen müssen wirksam geschützt werden“, fordert Dr. Ahrens-Eipper.

Große politische Wertschätzung für die Psychotherapeutenschaft

Gesundheitsministerin Petra Grimm-Benne dankte der Psychotherapeutenschaft ausdrücklich für ihr großes Engagement, insbesondere nach dem Anschlag in Magdeburg. Gegenüber Dr.

Ahrens-Eipper betonte sie: „Die Arbeit der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in Sachsen-Anhalt ist von großem Wert. Gemeinsam haben wir eine enorme Herausforderung bewältigt – auch wenn sie uns noch lange begleiten wird.“

„Hinter Ihrem Anliegen, dass Opfer von Straftaten nicht psychotherapeutisch unbehandelt bleiben dürfen, stehe ich voll und ganz.“

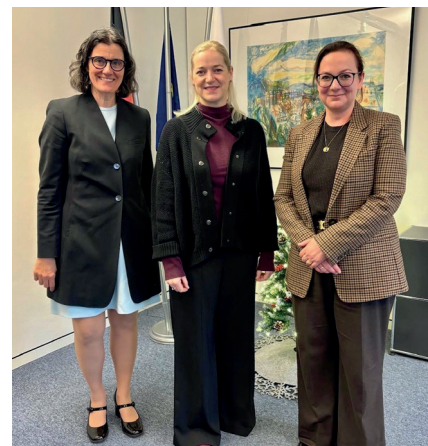
Opfer von Kriminalität und Gewalt haben ein Recht auf psychotherapeutische Unterstützung. Dies gilt auch in aktuellen oder bevorstehenden Strafprozessen mit anstehenden Vernehmungen der Opfer. In ihrem Gespräch setzen die thüringische Justizministerin und die OPK ein klares Zeichen gegen Fehlinformationen.

Auch Gutachtertätigkeit für Gerichte stärker nutzen

Am 1. Dezember 2025 setzten wir unser Vorhaben, den Austausch zwischen Psychotherapie und Justiz zu intensivieren, fort. Es fand ein Gespräch zwischen der Vizepräsidentin, Dr. Ahrens-Eipper, der stellvertretenden Geschäftsführerin, Dr. Andrea Walter und der Justizministerin Beate Meißner im Thüringer Ministerium für Justiz, Migration und Verbraucherschutz in Erfurt statt.

Zentrales Thema war die psychotherapeutische Versorgung von Betroffenen im Kontext strafrechtlicher Verfahren. Es wurde deutlich, dass sich die Ministerin und die OPK darin einig sind, dass eine psychotherapeutische Behandlung auch während laufender oder bevorstehender Strafprozesse möglich sein und dass dahingehenden Fehlinformationen entgegengewirkt werden muss. Auch das Thema Gutachten durch Psychotherapeut*innen wurde diskutiert. Wichtig ist, dass Gerichte die psychotherapeutische Fachkompetenz erkennen und stärker nutzen. Aber auch in der Mitgliedschaft der OPK muss die Möglichkeit der Gutachtenerstellung als attraktives Arbeitsfeld stärker verbreitet werden. Ein weiterer Informationsaustausch wurde vereinbart.

Wir werden die begonnenen Gespräche aktiv weiterführen und uns auch künftig dafür einsetzen, die Rolle der Psychotherapie in juristischen Kontexten zu stärken. Nach Sachsen-Anhalt



Die thüringische Justizministerin Beate Meißner (Mitte) positionierte sich klar im Gespräch mit der Vizepräsidentin der OPK, Dr. Sabine Ahrens-Eipper (links im Bild) und der stellvertretenden OPK-Geschäftsführerin, Dr. Andrea Walter (rechts). (Foto: OPK)

und Thüringen planen wir weitere Gespräche in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Brandenburg.

OPK legt neue Online-Fortbildungsreihen auf und stößt auf großes Interesse

Nach Befragungen unserer Mitglieder zu gewünschten Fortbildungen und Formaten schuf die OPK 2025 Online-Fortbildungsreihen, die genau diesen Wünschen Rechnung tragen. Im September starteten „Fokus KiJu“, im Dezember „Fokus Berufsrecht und Ethik“ mit jeweils großem Erfolg und hoher Teilnehmerzahl. Im Mai 2026 geht die nächste Reihe davon an den Start: „Fokus QS“. Das Konzept ist schnell erklärt: Alle sechs bis acht Wochen gibt es pro Reihe online eine Fortbildungsveranstaltung von 90 Minuten Länge, jeweils

in der Zeit von 11.00 bis 12.30 Uhr. Den Start bestreitet eine Referentin bzw. ein Referent mit einem Impulsvortrag zum vorgegebenen Thema, danach können Fragen gestellt werden, ein kollegialer Austausch findet genügend Zeit und Raum. Im Nachgang erhalten alle Teilnehmer*innen die Präsentationen der Referent*innen und es können im Nachgang Fragen an die Kammer gestellt werden, die später auf der neuen Website der OPK im Newsbereich oder unter „Fachthema“ behandelt werden.

Die Teilnahme an diesen Fortbildungen kostet jeweils 25,- Euro und bringt zwei Fortbildungspunkte.

Geschäftsstelle

Goyastraße 2d
04105 Leipzig
Tel.: 0341/462432-0
Fax: 0341/462432-19
info@opk-info.de
www.opk-info.de